Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespaltene 38 mm breite Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet und in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenagenturen angen. Reklamen die 78 mm breite Zeile 1 Mk. u. 10% Zuschl. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 u. Gr. Ulrichstr. 52.

Nr. 90. Halle, Freitag, den 22. Februar 1918.

Neuer Widerstand Rumäniens?

Die verstärkte sozialistische Stimmung in England. — Wann beginnen die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk?

Die weiteren Fortschritte im Osten.

Ein Esten-Regiment unter deutschem Kommando. — Jubel der Bevölkerung beim Einzug deutscher Truppen. — Fühlung mit ukrainischen Abteilungen.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertätigkeit. Kleinere Erkundungsgefechte. An der Bahn Ypern—Roulers wurde eine englische Feldwache überrumpelt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

In Estland wurde Hapsal genommen. Das erste Estenregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Livland stießen unsere Kolonnen über Ronnebueg, Wolmar und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjeweca eingerückt. Von dort stießen sie bis nach Ljuzyn vor. Minsk wurde besetzt.

Heeresgruppe Linsingen.

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf wurden Fortschritte erzielt. In Kowagradwolynsk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen.

Andere Kolonnen marschieren auf Dubno.

Der Erste Generalquatiermeister: Ludendorff.

Die tägliche U-Boot-Strecke.

Berlin, 21. Febr. (Amtlich.) Der unermüdlichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen an der englischen Westküste letzthin

fünf Dampfer und zwei Segler

zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Mexico City", 5078 Br.-R.-T., der englische Dampfer „Sofie" und ein etwa 5000 Br.-R.-T. großer Dampfer, anscheinend vom Einheitstyp. Die beiden Segler waren Zweimastschoner, der eine englischer, der andere französischer Nationalität; letzterer namens „Marie Madelaine". Eins der U-Boote hat zwei bewaffnete Frachtdampfer durch Artillerietreffer beschädigt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Rumänien wieder hartnäckig?

Kein rumänischer Verzicht auf die Dobrudscha.

Budapest, 22 Febr. (Eigene Drahtnachricht.) In hiesigen gut unterrichteten Kreisen, die mit rumänischen Politikern Fühlung haben, will man wissen, daß der jetzige Stand der Dinge der ist, daß Rumänien auf die Dobrudscha nicht verzichten will.

Auch nach Meldungen aus anderer Quelle beabsichtigt neuerdings die rumänische Regierung, wahrscheinlich durch die Vertreter der Ententestaaten dazu veranlaßt, sich auf keine Einigung mit den Zentralmächten einzulassen, selbst nicht auf die Gefahr, daß das gesamte Moldaagebiet verloren geht.

Beunruhigung in Athen?

Griechenland befürchtet ein Ultimatum.

Zürich, 22. Febr. (Privattelegramm.) Der „Secolo" meldet aus Athen, daß das Vorgehen der Mittelmächte gegen Rumänien steigende Beunruhigung in Athen hervorrufe. Die Zeitungen erörtern offen die möglichen Folgen eines feindlichen Ultimatums an Griechenland. Die Stellung Venizelos ist nicht erschüttert, doch leide sie naturgemäß unter der durch Rumäniens Friedensbereitschaft völlig veränderten politischen und militärischen Lage Griechenlands. Mehrere Blätter der Venizelospartei fordern die Einberufung des Parlaments, um die Verantwortung für die weiteren Beschlüsse der Regierung zu übernehmen.

Hollands Gesandter in Petersburg ausgeraubt.

Zürich, 22. Febr. (Privattelegramm.) Der schweizerische Presstelegraph meldet aus Petersburg, daß vorgestern auch der holländische Gesandte mitten auf der Straße in der Hauptstadt überfallen und völlig ausgeraubt worden sei.

Feindliche Flieger über Innsbruck.

WTB. Innsbruck, 21. Februar. Gestern nachmittag überflogen vier feindliche Flieger, ein großes mit Maschinengewehr ausgerüstetes Großkampfflugzeug und drei Bombenträger, von Süden kommend, die Stadt. Es wurden ungefähr acht leichtere Bomben im Gewichte von 10—25 Kilogramm abgeworfen, darunter drei Brandbomben. Sie explodierten und richteten an verschiedenen Stellen der Stadt leichteren Sachschaden an. Leider hat der Angriff auch Opfer gefordert. Eine Frau wurde getötet, zwei Personen wurden erheblich und mehrere leichter verletzt. Der Kampfflieger ging bis auf 300 Meter herunter und beschoß aus dieser geringen Höhe zwei glücklicherweise leerstehende Malthseser-Verwundetenzüge mit Maschinengewehrfeuer, eine Handlung, die von den angeblich für Kultur und Menschlichkeit kämpfenden Feinden trotz der bekannten weithin sichtbaren Bezeichnungen auf den Dächern solcher Züge mit dem Erfolge durchgeführt wurde, daß mehrere Schüsse die Dächer der Wagen durchbohrten.

Die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk

Berlin, 22. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Geheimrat von Rosenberg wird heute nach Brest-Litowsk fahren, um dort die neuen Verhandlungen mit der russischen Delegation vorzubereiten. Man nimmt als sicher an, daß die Russen nunmehr auf die ihnen von den Zentralmächten gestellten Bedingungen eingehen werden.

Polens Regentschaftsrat an den Kaiser

Die Ueberreichung eines Handschreibens.

Köln, 22. Febr. (Privattelegramm.) Die Köln. Volkszeitung" erfährt von zuverlässiger Seite, daß eine Abordnung des polnischen Regentschaftsrats in der Person des Adjutanten des Erzbischofs v. Kakowski in Berlin eingetroffen ist, der dem Reichskanzler ein Handschreiben des Regentschaftsrats an den Kaiser überreichte.

Eine italienische Offensive?

„Die Stunde der italienischen Waffenehre."

Genf, 22. Februar. (Privattelegramm.) Das „Echo de Paris" meldet aus Rom: Ein Armeebefehl des Oberbefehlshabers, General Diaz besagt, daß die Stunde der italienischen Waffenehre nahe gerückt sei, daß das ganze Volk hoffnungsvoll auf die Armee blicke und daß das Heer seiner glorreichen Tradition eingedenk sein müsse.

Friedensbemühungen italienischer Sozialisten.

Lugano, 22. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Von der italienischen Grenze wird gemeldet, daß die sozialistische Partei einen neuen Friedensantrag der Kammer einreichte. Wie es heißt, soll dieser nur eine Erneuerung des ersten Antrages sein, aber keinen neuen Gedanken tragen.

Ein Sozialistenregime in England?

Es steht ernst um die Alliierten.

Basel, 22 Febr. (Privattelegramm.) Der „Progres de Lyon" berichtet: Bei dem Empfang der Abordnung der englischen Arbeiterpartei durch französische Sozialisten habe eine Aeußerung Humans Sensation erregt. Er sagte, daß in London in nächster Zeit die Sozialisten an das Ruder gelangen würden. Wer die Verhältnisse in England kenne, wisse, wie ernst es um die Alliierten stehe.

Das Befinden Bolo Paschas.

Bern, 22. Febr. (Privattelegramm.) Bolo Pascha, der nach seiner Aburteilung begreiflicherweise sehr niedergeschlagen war, hat sich, wie die Pariser Blätter melden, leidlich erholt. Er vertraut auf den glücklichen Ausgang der Revision. Sehr ausführlich berichtet die Presse auch über das Tagebuch Bolos.

(Neue Depeschen siehe auch Seite 3.)

Symptome.

Unsere Feinde im Westen täuschen sich schwerlich darüber, daß die militärische Unternehmung, die wir jetzt im Osten begonnen haben, unsere Aufmerksamkeit keineswegs von der westlichen Front ablenkt und daß sie auch nach jener Richtung weder unsere Taktraft noch die Mittel zur Auswirkung dieser Taktraft beeinträchtigt. Sie zeigen sich über unser Vorgehen befriedigt, nicht deshalb, weil sie den „verräterischen" Bolschewiki eine gründliche Bestrafung gönnten, wenden ihnen vielmehr eine plötzlich neu erwachte Sympathie zu, aber die Besorgnis vor der deutschen „Offensive" ist, wie ein Blick in die unruhige Sprache ihrer Presse zeigt, darum nicht geringer geworden.

Denkt man genauer über die Gründe dieser Nervosität auf der feindlichen Seite nach, so muß man die Anzeichen der Stimmung in allen Ländern, in Frankreich und England sowohl wie in Amerika und Italien, in Betracht ziehen und dann kommt man zu Schlüssen, die so kurz nach der leidenschaftlichen Kriegsansage der Versailler Konferenz sehr sonderbar anmuten. Nicht als ob wir die dort gefaßten und feierlich verkündeten Beschlüsse nur als Bluff aufzufassen hätten. Sie sind sehr ernst gemeint, und die Tatsache, daß die Ententeregierungen in Europa sich dem Willen Clemenceaus gebeugt haben, steht fest. Aber es liegen Erscheinungen vor, die uns ein Recht geben, uns zu fragen, wie es mit der Dauerhaftigkeit des Standpunktes, der in Versailles festgelegt wurde, und wie es mit der Dauerhaftigkeit jener Regierungen selbst bestellt ist. Diese Erscheinungen konnten wir mit voller Deutlichkeit eben jetzt in Frankreich, [illegible] und auch die letzte Kundgebung des Präsidenten Wilson gehört hierher. Es ist offenkundig, daß bei der Behauptung von der vollen Einmütigkeit innerhalb der Entente Amerika schon auszunehmen ist. Es hat sich an den Versailler Beratungen nur militärisch, nicht politisch beteiligt. Es verspricht kräftigste Mitwirkung, solange es den Krieg für nötig hält, es ist aber über die Bedingungen, unter denen diese Notwendigkeit besteht, besonderer Ansicht. Das ist ein Symptom für die Möglichkeit künftiger Entwickelungen, das wir nicht aus den Augen zu lassen Grund haben.

Das andere ist der starke Widerspruch zwischen dem Verhalten der Regierungen, von denen die neue Kriegsansage ausgeht, und höchst einflußreicher Kreise der Völker, von denen ihre Existenz abhängt. Ueber die Bedeutung der Lloyd-George-Krise in England braucht man keine Worte zu verlieren. Man geht vielleicht zu weit, wenn man von Krise spricht. Der parlamentarischen Beredsamkeit des Premierministers dürfte es auch diesmal gelingen, den Sturm zu beschwichtigen. Er mag viele heimliche Gegner im Parlamente haben, die es gerade in der gegenwärtigen Phase des Krieges (diese unter dem Gesichtspunkte der militärischen Operationen betrachtet) für unzweckmäßig halten, das Land den Erschütterungen eines Regierungswechsels auszusetzen. Auch scheinen gerade die militärischen Kreise, die in so scharfem Gegensatz zu dem Premierminister geraten sind, wohl unter dem direkten Einflusse des Königs, einzulenken. Der abgesetzte Generalstabschef Robertson hat sich, entgegen den Erwartungen, nicht geweigert, einen ihm übertragenen anderen Posten anzunehmen, und vom angekündigten Rücktritte des Marschalls Haig hört man nichts mehr. Dennoch wird sich Lloyd George nicht darüber täuschen, daß die Zahl der Politiker, die mit seiner Politik nicht einverstanden sind, im Zunehmen ist und sehr bald einen gefährlichen Stand erreicht haben muß. Vom engeren Kreise seiner Kreaturen abgesehen, ist so ziemlich die ganze liberale Partei mit seiner Knock-out-Politik nicht mehr einverstanden. Das hat der gewaltige Beifall, den Asquiths jüngster Vorstoß im Hause erzeugt hatte, deutlich gezeigt. Und sie finden obendrein Unterstützung bei einem Flügel der Konservativen, die mit der Auslieferung der englischen Armee an ein französisches Oberkommando nicht einverstanden sind. Auf eine Parlamentsauflösung kann es die Regierung nicht ankommen lassen, denn diese würde bei dem gewaltigen Einflusse der Arbeiterpartei auf die Wahlbewegung, die eine Folge des neuen Wahlgesetzes ist, verhängnisvoll für sie ausfallen können. Keine Reden der der Regierung angehörenden Arbeiterminister können darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der englischen Arbeiter auf dem Standpunkte des zurückgetretenen Ministers Henderson steht und für einen Verständigungsfrieden ist. Und diese Mehrheit wird immer größer. Man braucht nur auf den Beschluß der Maschinenbauer gegen das neue Mannschaftsgesetz und auf das dringende Verlangen der Arbeiter zu verweisen, daß der alliierten Sozialistenkonferenz in London keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Und es hat sich gezeigt, daß in diesem Punkte die französische Arbeiterschaft mit der englischen durchaus einig ist. Der Beschluß des Parteitags der französischen Sozialisten, der die Tagesordnung der Londoner Konferenz im Einvernehmen mit Henderson und anderen englischen Delegierten festsetzte, ist ein sehr ernst zu nehmendes Symptom. Herr Clemenceau mag sich seines Triumphs über Bolo freuen und im Vorgefühl seiner Rache an Caillaux schweigen: der Beschluß der Sozia-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180222026/fragment/page=0001

listen wird ihm seine Stimmung gründlich verderben. Denn er zeigt ihm die wirkliche Stimmung des Landes, nicht die des von der bezahlten nationalistischen Presse aufgestachelten Pariser Janhagels. Der Beschluß ist ganz von dem Gedanken beherrscht, der Hendersons Ausführungen zugrunde liegt, daß die Entente auf die Hoffnung verzichten muß, auch im Jahre 1918 verzichten muß, den Krieg militärisch zu ihren Gunsten zu entscheiden; daß nichts anderes übrig bleibt, als das Ende des Krieges auf dem Wege der Verständigung zu suchen. Die Entschiedenheit, mit der die französischen Sozialisten in dem Elsaß-Lothringen betreffenden Punkte von der unnachgiebigen Haltung der Regierung abgerückt sind, spricht besonders deutlich für die Klarheit ihrer Einsicht in die Lage der Dinge.

So zeigt sich unmittelbar nach Versailles der scharfe Gegensatz zwischen dem, was die Regierungen wollen und was die Völker wollen. Wenn der Verständigungswillen praktische Gestalt gewinnen soll, müssen natürlich diese Regierungen gestürzt werden. Die Entwickelungen sind noch nicht so weit, dieses Ergebnis herbeizuführen. Aber ohne optimistisch zu sein, dürfen wir doch an den Symptomen, die auf solche Ergebnisse hinweisen, nicht vorbeigehen. Und wir können bestimmt erwarten, daß die Tätigkeit unserer Armeen, die das kommende Frühjahr bringen wird, dabei sehr wirksam nachhilft.

Die Siegesbeute im Osten.

Steigerung der deutschen Ueberlegenheit im Westen.

Von unserem militärischen Mitarbeiter.

Die deutsche Heeresleitung hat sich nicht nur darauf beschränkt, auf der ganzen Front von Riga bis südlich von Luck den Vormarsch mit allen verfügbaren Kräften tatkräftig fortzusetzen, sondern sie hat gleichzeitig ihre auf der Inselgruppe von Oesel, Dagö und Moon befindlichen Truppen über den zugefrorenen Moonsund nach Estland geführt. Es ist dadurch möglich geworden, dem von den Bolschewiki schwer bedrängten Lande schnell Hilfe und Unterstützung zu bringen, viel eher, als wenn auf das Eintreffen der vom Düna-Abschnitt her in Bewegung gesetzten Truppen gewartet werden müßte; denn die Entfernung zwischen Riga und der Südgrenze Estlands beträgt etwa 200 Kilometer. Zur Zurücklegung dieser Strecke wären etwa 6—8 Tage erforderlich gewesen. Durch die Heranziehung der Truppen von der Inselgruppe von Oesel konnte aber schon jetzt Leal besetzt werden. Die Ankunft unserer Truppen wird von der ganzen Bevölkerung in Estland mit großer Freude begrüßt werden. Der Vormarsch der deutschen Truppen findet nur sehr geringen Widerstand; beinahe überall verlassen die Russen bei unserer Annäherung ihre Stellungen und suchen sich durch schleunigen Rückzug jedem Kampfe zu entziehen. Sie lassen dabei das ganze Kriegsgerät im Stiche. Auf diese Weise ist eine ungeheure Siegesbeute in unsere Hände gefallen. Auf dem Nordflügel und in der Mitte konnte ihr Umfang überhaupt noch nicht festgestellt werden; im Süden sind bisher 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4—5000 Fahrzeuge und zahlreiche Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen gezählt worden. Durch die Erbeutung so zahlreicher Geschütze und der dazu gehörenden Munition haben wir einen derartigen Zuwachs an artilleristischer Kraft erhalten, daß die Entente, trotz größter Anstrengungen, gar nicht in der Lage ist, [illegible] Wir unsere Ueberlegenheit den Westmächten gegenüber ist dadurch von neuem bedeutend gestiegen. An der Wiederherstellung der vom Gegner zerstörten Eisenbahnen wird sehr fleißig und lebhaft gearbeitet. Es kommt uns zustatten, daß die Zerstörungen zum Teil nur leichterer Art sind und schnell wieder beseitigt werden können. Dies trifft namentlich auf die Ukraine zu. Man kann daher hoffen, daß dort der Eisenbahnverkehr in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden kann, wozu das erbeutete Eisenbahngerät gut zu verwenden ist. Die Heeresgruppe Linsingen hat bei ihrem Vormarsche den wichtigen Eisenbahn- und Straßenknotenpunkt Rowno besetzt; es ist dies eine ehemalige russische Festung, die zu dem bekannten wolhynischen Festungsviereck gehörte. Auch ihre Befestigungen haben die Russen ziemlich kampflos geräumt. Die Nachricht von einer Absetzung von Trotzki und Lenin hat sich bisher noch nicht bestätigt. Jedenfalls ist das Schreiben, mit dem sie den Funkspruch über ihre Bereitwilligkeit zu neuen Friedensverhandlungen bestätigten, von ihnen selbst noch unterschrieben. Zur Zeit seiner Absendung sind sie also noch an der Spitze der Regierung gewesen.

(c. B.)

Das Schreckensregiment in Finnland.

Bern, 21. Februar. „Morning Post" meldet aus Stockholm: Am 16. Februar mit der schwedischen Hilfsexpedition aus den finnischen Häfen angekommene Flüchtlinge erklären, daß die roten Garden sich jetzt wie Verrückte gebärden und angekündigt haben, daß alle Personen männlichen Geschlechts über 12 Jahre getötet werden sollen. 1200 Bolschewiki marschieren jetzt auf Haapanaeki, einem wichtigen Eisenbahnpunkt in Westfinnland. Von Helsingfors verlautet, daß die roten Garden die Stadt plündern und daß die Anarchisten den Ausschuß für die Territorialarmee als Feinde erklärt haben. Der Vorsitzende dieses Ausschusses Glaschnow habe Petersburg telegraphisch um Entsendung eines Panzerzuges ersucht. Angesichts der Ablehnung des schwedischen Vermittelungsangebots durch die finnische Regierung haben die schwedischen Sozialisten einen besonderen Abgeordneten nach Finnland entsandt, um die finnischen Sozialdemokraten zu drängen, die Ablehnung rückgängig zu machen.

Die Leiden unserer Gefangenen in Rußland.

Berlin, 21. Februar. Ein deutscher Unterarzt, Dr. St., der lange in russischer Gefangenschaft war und zurückgekehrt ist, gibt unter Eid folgendes zu Protokoll:

„Es war ein entsetzlicher Anblick, die durch die lange Bahnfahrt bei über 30 Grad R. Kälte heruntergekommenen, verdreckten, verlausten Gestalten zu sehen, über und über mit Geschwüren bedeckt, mit erfrorenen Zehen, Fingern, Nasen und Ohren. Dabei mußte mit Medikamenten und Verbandstoffen außerordentlich gespart werden. Bei einer Garnison von etwa 2000 Köpfen standen für 3000 Kriegsgefangene nur 16 Betten zur Verfügung, und diese waren meist noch von Russen belegt. Die kranken Gefangenen blieben also auf ihren Pritschen ohne Decken, Strohsack und Pflege. Nur die sehr schwer erkrankten wurden in das Lazarett nach Tschita übergeführt. Die Ueberführung dorthin, zunächst 4 Kilometer [illegible] zur Bahn im offenen Bretterwagen, ohne Stroh, bei 30 bis 40 Grad Kälte und dann 24stündige Eisenbahnfahrt bei ungenügender Verpflegung — ein Teil des Verpflegungsgeldes verschwand in den Taschen der russischen Sanitäter — hatten oft den von den Russen erhofften Erfolg: der Patient war tot."

Man kann sich nach diesem Berichte vorstellen, wie sich das Los unserer Kriegsgefangenen weiter gestalten wird, wenn Rußland sich von Tag zu Tag mehr in ein einziges Chaos verwandelt, in dem alle Gewalten und Instinkte losgelassen sind. Und selbst wenn man nicht das Schlimmste in Betracht zieht: die Hilflosigkeit gegenüber dem Wüten bolschewistischer Horden, so ist es gleichwohl klar, daß die letzten Ansätze zu einer noch so primitiven Organisation in der gegenwärtigen Anarchie untergegangen sind und unsere Kriegsgefangenen das Aeußerste gewärtigen müssen, — wenn das Vaterland ihnen nicht Hilfe bringt.

Der Haupt-Ausschuß über den ukrainischen Frieden.

Der Berliner Universitätsrektor über die Grenzfrage. — Ein Vortrag über persönliche Petersburger Erfahrungen unter der Bolschewisten-Regierung.

In der weiteren Beratung des Hauptausschusses sprach Abg. Dr. Roesicke (kons.): Von einem Bruch des Fahneneides, zu dem die ukrainischen Kriegsgefangenen veranlaßt worden sein sollen, kann im Ernste nicht gesprochen werden. Die auch den Ukrainern gegenüber betriebene Bildungsarbeit ist hoch anzuerkennen.

General Friedrich: Die Sonder-Gefangenlager beurteile ich grundsätzlich anders als Dr. Cohn. Darüber werden wir uns nie einigen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags hielt Geheimrat Penck, der Rektor der Berliner Universität, einen

Vortrag über die Abgrenzung der Ukraine gegen Polen.

Er ging ausführlich auf die Literatur über diese Frage ein und erläuterte an der Hand einer Karte die Cholmer Grenze. Die gezogene provisorische Grenze fällt zum Teil mit der alten Sprachgrenze zusammen, zum Teil verläuft sie auf ukrainischem oder polnischem Sprachgebiete. Von einem Ueberwiegen der polnischen Bevölkerung im Cholmer Gouvernement kann nach dem vorliegenden Karten- und statistischen Materiale nicht gesprochen werden.

Abg. v. Trampczynski (Pole) berief sich gegenüber diesen Ausführungen auf andere Autoren, die das Cholmer Gebiet als überwiegend polnisch bezeichnet haben. Entscheidend sei, daß die Grenze gezogen worden ist, ohne daß man die Polen zur Mitwirkung in Anspruch genommen hat.

Abg. Senda (Pole) hätte gewünscht, daß vorher mitgeteilt worden wäre, daß Geheimrat Penck über diese Frage sprechen würde. Man hätte sich dann mit Gegenmaterial versehen können, das jetzt so schnell nicht zu beschaffen sei. Die Ausführungen Pencks seien nicht objektiv gewesen, da er starke alldeutsche Neigungen besitze. Die Polen seien so erregt, weil gerade das Cholmer Gebiet abgetrennt werden würde, mit dem sie so eng verwachsen seien. Uebrigens sei die ukrainische Bevölkerung während des Krieges zum größten Teile aus Cholm ausgewandert. Die Abtrennung des Cholmer Gebiets sei ein Gewaltakt schlimmster Art: ein Stück polnischen Landes sei verschachert worden gegen die Aussicht, Getreide zu erhalten.

Abg. Erzberger (Zentr.) richtete eine Anzahl Fragen an Geheimrat Penck. In der Politik dürfe man nur einheitliche Grundsätze anwenden, ganz gleich, um welches Gebiet es sich handelt; man dürfe nicht in Cholm nach anderen Grundsätzen vorgehen als wie in Kurland.

Abg. Graf Westarp (kons.) betonte, daß in Kurland die verfassungsmäßige Landesvertretung bereits die Entscheidung getroffen habe.

Abg. Gothein (Vp.) verwies darauf, daß das vorgelegte Material schon sehr weit zurückliege.

Geheimrat Penck wandte sich gegen die Angriffe der polnischen Redner. Das strittige Problem sei wissenschaftlich noch nie behandelt worden.

In die Verhandlungen wurde ein Bericht des

Grafen Mirbach über seine persönlichen Erfahrungen in Petersburg

bei Gelegenheit von deutsch-russischen Kommissionsverhandlungen eingeschoben. Graf Mirbach erzählte, daß das Tempo der Entwickelung in Rußland geradezu phantastisch schnell sei. Selbst die früher freiheitlichsten Typen zählten jetzt zu den Reaktionären. Trotz ihres Radikalismus seien die Bolschewiki imstande, die Regierungsmaschine wenigstens einigermaßen in Gang zu halten. Allerdings gehe das örtlich in ganz verschiedener Weise vor sich. Der Wille, sich mit uns zu verständigen, habe wohl ernstlich nie bestanden; den Bolschewiki lag nur die politische Propaganda am Herzen. In Petersburg bestehe eine Tyrannis der schlimmsten Art: die Zeitungen würden geknebelt, es fehle jede Selbstzucht und

eine wilde Anarchie herrsche.

Als sich die Hoffnungen auf eine Revolution in Deutschland nicht erfüllten, sei eine starke Enttäuschung eingetreten. Jetzt glauben die Bolschewiki selbst nicht mehr recht an ihren Stern. Die deutschen Vertreter wurden sorgsam überwacht, um sie daran zu hindern, sich Informationen zu verschaffen, die den Bolschewiki nicht erwünscht sind. Die Abreise von Petersburg vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Was weiter wird, kann niemand sagen. Eine Beruhigung für uns ist, daß unsere Interessen bei der schwedischen Gesandtschaft liegen, der man für ihre aufopfernde Wirksamkeit nicht genug danken kann.

In der weiteren Aussprache hob Abg. Gothein (Vp.) hervor, daß in dem Zusatzvertrage wirtschaftlich erreicht ist, was möglich war. Ob bei den unsicheren Verhältnissen in der Ukraine der Vertrag praktisch werden wird, wissen wir noch nicht. Die Vorräte müssen ziemlich erheblich sein, weil aus mehreren Ernten nichts abtransportiert worden ist. Allerdings fehlt es an ausreichenden Transportmöglichkeiten. Das Schwarze Meer ist für den Abtransport wenig brauchbar und der Landverkehr begegnet großen Hindernissen. Soll der Frieden uns Nutzen bringen, so muß in der Ukraine Ordnung geschaffen werden.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Das Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus der Ukraine ist dringend, ja, es handelt sich hier um eine Lebensfrage für Deutschland. Trotz der Unruhen der Kriegszeit gibt es in der Ukraine noch beträchtliche Vorräte, und wir müssen daher ohne jeden Verzug mit der Einfuhr beginnen. Auch die Manganerze sind für uns sehr wichtig, ebenso Fische, Leder und Textilwaren.

Abg. Noske (Soz.): Wir und Oesterreich brauchen Zufuhr an Nahrungsmitteln. Das Wort vom Brotfrieden darf aber nicht zu weitgehenden Hoffnungen erwecken. Der an sich gute Friedensvertrag ist ein Provisorium angesichts der unsicheren Verhältnisse in der Ukraine.

Abg. Dr. Roesicke (kons.) warnt vor allzu großem Optimismus. Bei dem Abschluß weiterer Handelsverträge empfehle sich die bedingte Meistbegünstigung vor der unbedingten.

Abg. Freiherr v. Rechenberg (Zentr.) zieht die unbedingte Meistbegünstigung vor.

Ministerialdirektor Körner geht auf die gestellten Fragen ein. Der vertragslose Zustand muß unter allen Umständen vermieden werden. Was unter den zentralisierten und den freien Handel fällt, soll durch eine besondere Kommission entschieden werden.

Unterstaatssekretär Goeppert: Von unserer Seite ist vom ersten Tage, wo es möglich war, alles geschehen, um die Handelsbeziehungen mit der Ukraine aufzunehmen.

Hierauf trat der Ausschuß in die Erörterung rechtlicher Angelegenheiten ein, nach deren Erledigung

der Zusatzvertrag

besprochen wird. Nach Besprechung dieses Vertrags wird der Gesamtvertrag, wie bereits gemeldet, mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Friedensbrief von Lenin und Trotzki unterzeichnet.

Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier, der vorgestern die deutschen Linien passiert hatte, traf gestern abend in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Funkspruch wörtlich übereinstimmt, ist, wie das „B. T." erfährt, von Lenin und Trotzki gezeichnet. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgesandt werden dürfte, werden noch Beratungen gepflogen werden. Inzwischen hat sich gestern abend Staatssekretär v. Kühlmann über Wien nach Bukarest begeben.

Wann beginnen die neuen Verhandlungen?

Berlin, 22. Februar. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, ist der Beginn der neuen Verhandlungen mit den Russen erst in einiger Zeit zu erwarten. Der Staatssekretär v. Kühlmann werde deshalb die Zwischenpause benutzen, zunächst als deutscher Bevollmächtigter die Verhandlungen über den Friedensschluß mit Rumänien zu führen.

Heimbeförderung deutscher Zivilisten aus Rußland.

Berlin, 21. Februar. (Nichtamtlich.) Noch kurz vor der Abreise der deutschen Mitglieder der Petersburger Kommission haben diese mit den russischen Vertretern unter dem Vorbehalte der Genehmigung ihrer Regierungen eine Vereinbarung über die Heimbeförderung der beiderseitigen Zivilangehörigen unterzeichnet. Aus den Bestimmungen dieser Vereinbarung ist hervorzuheben, daß entsprechend dem bekanntlich nicht ratifizierten Kopenhagener Protokoll die von den russischen Truppen nach Rußland fortgeführten Ostpreußen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in die Heimat befördert werden sollen. Von den übrigen in Rußland zurückgehaltenen deutschen Zivilpersonen sind zunächst die Frauen und Mädchen, die männlichen Personen unter 16 und über 45 Jahren, die dienstuntauglichen Männer innerhalb dieser Altersgrenze, sowie die Aerzte und Geistlichen jeden Alters heimzubefördern; die entsprechenden Klassen der aus dem unbesetzten Rußland stammenden Russen, die noch in Deutschland zurückgehalten waren, sollen nach Rußland befördert werden. Die Heimbeförderung soll, soweit nicht auf Antrag Einzelreisen gestattet werden, in Transporten erfolgen, die möglichst bald in Verbindung mit der Heimschaffung der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen durchzuführen sind; bei der Abfertigung sind tunlichst Frauen und jugendliche Personen unter 16 Jahren, sowie Kranke, im übrigen die Ostpreußen zuerst zu berücksichtigen. Wegen der Heimbeförderung der dienstuntauglichen männlichen Zivilpersonen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren wurde eine besondere Vereinbarung vorbehalten.

Die deutsche Regierung hat ihre Genehmigung zu der Vereinbarung ausgesprochen; die Genehmigungserklärung der russischen Regierung steht noch aus. Indessen war bei der Abreise der deutschen Kommission bereits mit dem Abtransport der deutschen Zivilpersonen aus Petersburg nach den Grundsätzen der neuen Vereinbarung begonnen worden. Die Weiterführung des Abtransports wird naturgemäß von der Entwickelung der Dinge in Rußland abhängen.

Die Verhandlungen mit Bukarest.

Berlin, 22. Februar. Wie der „L.-A." erfährt, werden in der rumänischen Hauptstadt Exzellenz v. Kühlmann und Graf Czernin ihre Besprechungen mit dem General Averescu beginnen, um möglichst bald unser Verhältnis zu Rumänien zu klären.

Die „Kreuzzeitung" schreibt: Was die Führung der Verhandlungen anlangt, so ist man unsererseits nach den mit Trotzki in Brest-Litowsk gemachten Erfahrungen entschlossen, eine Wiederholung des Spiels, wie es die russischen Unterhändler mit den Vertretern der Mittelmächte getrieben haben, nicht zu gestatten. Unsere Regierung wird den Rumänen für die Verhandlungen nur so viel Spielraum gestatten, wie ihn die sachlichen Schwierigkeiten unbedingt erfordern, und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gewillt ist, die Forderungen, die sie billigerweise stellen kann, durchzudrücken. Wenn die Verhandlungen durch die Schuld der Rumänen scheitern sollten, so werden sie die Folgerungen zu ziehen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180222026/fragment/page=0002